



KAB Bezirk Aachen-Stadt/Eifel
Die Bezirksleitung
Martinstraße 6
52062 Aachen
0241-4001863
andris.gulbins@kab.bistum-achen.de

Auf den Schultern der Schwachen

Stellungnahme der KAB-Bezirksleitung Aachen-Stadt/Eifel zum Sparpaket

„Es ist unfassbar: die Wiederkehr des ewig Gleichen! Gespart wird auf dem Rücken der Wehrlosen; geschont werden die, die geschont werden sollen“, so der Kommentar von Helmut Schmal, Mitglied der Bezirksleitung. Und Marlies Conen ergänzt: „Das Sparpaket der Bundesregierung soll suggerieren, dass die Lasten von vielen Bevölkerungsschichten getragen werden. Bei genauerem Hinsehen ist klar zu erkennen, dass die Schwachen, d. h. Familien, Menschen mit geringem Einkommen und Hartz IV-Bezieher, wieder einmal die Hauptlast tragen.“ Zynisch mutet es die Bezirksleitung deshalb an, dass Westerwelle von einem „ausgewogenen und gerechten Sparpaket“ spricht, das angeblich alle betrifft. Was das Sparpaket aber wirklich darstellt, ist eine Fortschreibung der herrschenden Umverteilung von unten nach oben, des Sozialabbaus und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Verlierer und Gewinner. Hartz IV-Bezieher, Empfänger von Wohngeld, junge Familien und Rentner mit kleinem Einkommen müssen die Folgen einer Wirtschaftskrise tragen, die sie nicht verschuldet haben. Ursache der Finanzkrise ist u.a. auch, dass in der Vergangenheit Milliarden-Geschenke an Hoteliers, der FDP-Klientel, gemacht wurden; Ursache ist nicht, dass Millionen von Menschen, die unverschuldet arbeitslos geworden sind, mit Hartz IV an der untersten Armutsgrenze leben müssen und nun von Merkel/Westerwelle mit Vorwürfen bedacht werden, über die eigenen Verhältnisse gelebt haben. „Unsere Demokratie wird Schaden nehmen“, so Willi Carlitz, der vermisst, dass nicht auch die Vermögenden, die Banken oder die Konzerne, eben jene mit starken Schultern, ihre besonderen Beiträge zur Solidarität zu leisten haben. Carlitz weiter: „Es ist einfach, der Rentnerin den Heizkostenzuschuss zu streichen; warum gelingt es nicht, die Gewinner dieser Umverteilung in die Pflicht zu nehmen, die Erbschaftssteuern zu erhöhen, eine Vermögensabgabe oder Luxussteuer einzuführen bzw. schlicht den Spitzensteuersatz zu erhöhen, damit gesellschaftlich deutlich wird, dass alle eingebunden sind und in die Pflicht genommen wurden?“ „Dies alles“, so KAB-Sekretär Gulbins, „stellt in der Summe einen verteilungspolitischen Unsinn dar und erweist sich in konjunktureller Hinsicht als Null-Nummer“. Der Streichkatalog wird Altersarmut in der Zukunft verschärfen, den Arbeitslosen den Zugang zur Arbeit noch mehr verwehren und noch mehr Familien mit ihren Kindern in die Armutsfalle treiben. „Auf jeden Fall“, so der Tenor der Bezirksleitung „werden wir uns als KAB aktiv an den von den Gewerkschaften angekündigten Protesten beteiligen!“

Aachen, den 14.6.2010